

GEMEINSAMER ANTRAG von ÖVP, GRÜNEN, SPÖ und KPÖ

Betr.: Plakat-Werbeverbot für Prostitution, Bordelle
und bordellähnliche Betriebe

GR. Sissi POTZINGER

15.1.2009

Prostitution hat in nahezu jeder Gesellschaft immer gegeben und wird es wohl immer geben, die Werbung in der Öffentlichkeit ist aber mehr als problematisch. Vor Weihnachten erregte eine Plakatserie bei der Bevölkerung großen Unmut. Für die Werbung von Prostitution, Bordellen und bordellähnlichen Betrieben über Kleinanzeigen oder andere Printmedien werden Mittel und Wege gefunden, die vom Gesetzgeber nicht realistischerweise regulierbar sind.

Bordelle und bordellähnliche Betriebe jedoch auch noch öffentlich über Großplakate zu bewerben und damit Frauen als "Ware" darzustellen, beurteilen wir als menschenverachtend.

Neben den frauenverachtenden Aspekten sind die dabei verwendeten Werbesujets auch – wie in letzter Zeit ersichtlich – großteils in einem Bereich angesiedelt, in denen der Grenzbereich der Zumutbarkeit speziell auch für jüngere BetrachterInnen (Kinder) überschritten ist.

Ein weiterer Aspekt sind die Bestrebungen innerhalb des **Nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel**, den zu entwickeln und durchzuführen sich Österreich innerhalb der EU verpflichtet hat und der u.a. die Sensibilisierung der Bevölkerung bezüglich der Inanspruchnahme von Diensten potenziell von Frauenhandel Betroffener zum Ziel hat. **Großflächige Werbemaßnahmen zur Ankurbelung des „Geschäftszweiges“ der Prostitution sind in diesem Sinne als kontraproduktiv anzusehen.**

Die bisherigen Versuche seitens der Stadt Graz bzw. der Frauensprecherinnen der im Gemeinderat vertretenen Parteiklubs, **auf städtischer Ebene über das stadteigene Werbeunternehmen "Ankündler" eine entsprechende Änderung in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen** zu erreichen, waren zwar einerseits positiv, da die Geschäftsleitung des Ankündlers sich bei dieser Problematik sehr sensibel und grundsätzlich aufgeschlossen zeigte.

Andererseits aber stellte sich angesichts der Mitbewerber-Situation in Graz sehr schnell heraus, **dass eine auf ein Werbeunternehmen allein beschränkte Maßnahme das Ziel, die Werbeflächen in der Stadt von solchen Sujets freizuhalten, niemals erreicht**, da jenes Unternehmen dann

von den bewerbenden Firmen durch Buchu8ng anderer Werbeflächen lediglich umgangen würde.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, zum Zweck der Einschränkung der Werbesujets eine übergreifende, für die gesamte Stadt geltende Regelung zu erwirken. Da die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Anbahnung und damit auch für die Bewerbung von Bordellen und bordellähnlichen Einrichtungen über ein **Landesgesetz** geregelt sind, ist auf dieser Ebene anzusetzen und das entsprechende Steiermärkische Landesgesetz (Prostitutionsgesetz) in diesem Sinne zu ändern, dass die Bewerbung von Bordellen und bordellähnlichen Einrichtungen auf Plakatflächen im öffentlichen Raum nicht mehr zulässig ist

Daher stellen wir im Namen des Gemeinderatsklubs der ÖVP, GRÜNEN . SPÖ und KPÖ folgenden

ANTRAG:

Der Steiermärkische Landtag möge auf dem Petitionswege dringend aufgefordert werden,

das Gesetz vom 25. November 1997, betreffend die Prostitution im Bundesland Steiermark (Steiermärkisches Prostitutionsgesetz) in den §§ 3(3) und 3(4) und der entsprechenden Verordnung im § 13(1) und 13(2) dahingehend zu ändern,

dass auch für bewilligte Bordelle oder bordellähnliche Einrichtungen ein generelles Werbeverbot auf Plakat-Werbeflächen ausgesprochen wird.

GR. Mag. Verena ENNEMOSER

15.01.2009

A N T R A G

Betr: Busparkplätze vor der Schlossbergbahn

Zentrumsnahe Busparkplätze sind ein echter Wettbewerbsvorteil. Sowohl für den Nächtigungs- als auch für den Tagestourismus, der in seiner Bedeutung für Handel und Gastronomie und Museen nicht unterschätzt werden darf.

Besonders schmerzlich ist daher der Verlust der Busparkplätze im Bereich der Talstation der Schlossbergbahn. Dieser konnte bislang auch in keiner Weise kompensiert werden. Geblieben ist ein knapp bemessener Platz zum Ein-/Ausstieg, wo ein bis maximal zwei Busse Platz finden. Jetzt haben wir mit dem Schlossberg-Restaurant endlich ein zusätzliches Restaurant mit großen Kapazitäten, aber nun haben wir Probleme damit, die Busse unterzubringen. Denn für die zwei bis drei Stunden werden dezentrale Abstellplätze (z. B. GVB/Kärntnerstraße) nicht angenommen.

Im Advent hat sich die Graz Tourismus Ges. mit zusätzlichen Parkplätzen auf der Bus-Spur am Opernring beholfen. Dies ist ein Angebot, das sehr gut angenommen wurde. Durch das grundsätzlich geringere Verkehrsaufkommen am Wochenende war dies auch verkehrstechnisch kein Problem.

Da aus verkehrstechnischen Gründen nun kein Platz vor dem Schlossberg ist, wäre es notwendig eventuell in den angrenzenden Straßen, wie Körösisstraße oder auf der rechten Muruferseite einen Ersatz zu finden.

Daher stelle ich im Namen der ÖVP-GR Fraktion den

A n t r a g ,

die zuständige Vizebürgermeisterin möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, zu prüfen, wo ein adäquater Ersatz für die vom Schlossbergplatz weggefallenen Busparkplätze eingerichtet werden könnte.

GR Johann KOROSCHETZ

15.01.2009

A N T R A G

Betr.: Entschärfung der Petersbergenstrasse

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Schon seit Jahren wird stadtauswärts im Bereich des Haus Petersbergenstrasse 47a sowie auf der Kuppe vor und nach der Einfahrt zum Bauhof der Firma Kurzmann ein Halte- und Parkverbot gefordert.

Trotz Einführung der 30iger-Zone sowie ständiger Radarkontrollen in der Petersbergenstrasse - die verstärkt als Umweg von Pendlern benutzt wird - kommt es für den Öffentlichen Verkehr (Buslinie 68) sowie Individualverkehr immer wieder zu gefährlichen Situationen in diesem Bereich.

Durch das – rechtswidrige – Verparken der Straße vor und nach der Kuppe ist die verbleibende Breite von ca. 4 Metern (lt. StVO) für eine zweispurig ausgerichtete Straße zu gering.

Die geforderte Durchforstung des Schilderwaldes in der Stadt Graz sollte nicht der Grund dafür sein, dass keine Verbotstafeln an neuralgischen Punkten errichtet werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, ein Halten- und Parkverbot stadtauswärts in dem oben angeführten Bereich, ca. 20m vor und nach der Kuppe, zu prüfen sowie eine dementsprechende Umsetzung zu veranlassen.

GR Johann KOROSCHETZ

15.01.2009

A N T R A G

Betr. Verkehrsschilderwald „Hamerlinggasse“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

An der Einfahrt zur Hamerlinggasse befindet sich einerseits eine Fahrverbotstafel mit einer Ausnahmeregelung für Anrainer, Taxi und Lieferanten bis 7,5 t, andererseits aber auch eine Kurzparkzonentafel.

Dies führt zur Verwirrung und Verunsicherung der Fahrzeuglenker, sodass immer wieder Autolenker mit ihren PKW einfahren und parken und verärgert darüber hinaus die Anrainer, die vor Ort nur eine geringe Anzahl von Parkplätzen vorfinden und damit keine freie Parkfläche zur Verfügung haben, zudem dafür auch bezahlen müssen. Eine ähnliche Situation gibt es bei der Einfahrt Kaiserfeldgasse/Schmiedgasse, wo jedoch keine zusätzliche Kurzparkzonentafeln angebracht sind.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, eine Überprüfung bzw. geänderte Anordnung der aufgestellten Verkehrsschilder zu veranlassen.

GR. Mag. Andreas Molnár

15.01.2009

A N T R A G

Betr.: Vermarktung der Homepage der Stadt Graz

Im Monatsdurchschnitt besuchen 4,4 Millionen Internetbenutzer die Homepage der Stadt Graz.

Diese große Besucheranzahl von InternetuserInnen könnte mit Webeinschaltung auf der Homepage der Stadt Graz vermarktet werden, wie es bei herkömmlichen Online-Tageszeitungen durchaus üblich ist und dadurch neue Einnahmen für die Stadt Graz erschlossen werden.

Namens der ÖVP GR Fraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Möglichkeiten der Online-Werbung auf der Homepage der Stadt Graz - wie im Motiveinbericht dargestellt - in die Wege zuleiten.

GR Mag. Gerhard Spath

15.01.2009

A N T R A G

Betr.: Kostenlose Selbstanlieferung von Grünschnitt

Das Frühjahr ist nicht mehr fern und somit beginnt auch wieder die Arbeit im Garten. Bäume schneiden, Blumen setzen, Sträucher pflegen stehen am Arbeitsplan und dabei fällt viel Grünschnitt an. Um ein Verbrennen dieses Grünschnitts zu vermeiden und die stark strapazierte Luft von Graz zu entlasten, wurde in den vergangenen Jahren den Grazerinnen und Grazern, neben einer kostenpflichtigen Grünschnittabholaktion in einigen Bezirken, auch eine kostenlose Selbstanlieferung des Grünschnitts ermöglicht. Drei Sammelstellen, eine im Norden von Graz in der Wasserwerksgasse 5 bei der Firma Ehgartner in Andritz, eine im Osten bei der ehemaligen Deponie am Neufeldweg 219 und eine im Süden in der Sturzgasse 16 bei der AEVG wurden eingerichtet. Dieses Angebot wurde von der Bevölkerung sehr intensiv in Anspruch genommen.

Nicht nur im Frühjahr, auch im Herbst eines Jahres fällt im Garten viel Laub und Grünschnitt an. Daher ist es sinnvoll, dieses Service den Grazer Bürgerinnen und Bürgern auch 4 Wochen im Herbst zu ermöglichen.

Der Bevölkerung soll dieses Service jährlich 4 Wochen im Frühjahr (z.B. 15. März bis 15. April) und 4 Wochen im Herbst (z.B. 1. Oktober bis 31. Oktober) angeboten werden.

Daher stelle ich namens der ÖVP – Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Der Grazer Gemeinderat beschließt jährlich 4 Wochen im Frühjahr und 4 Wochen im Herbst der Grazer Bevölkerung eine kostenlose Selbstanlieferung von Grünschnitt an den bekannten 3 Sammelstellen, Sturzgasse 16 (AEVG), Neufeldweg 219 (ehemalige Mühldeponie Köglerweg) und Wasserwerksgasse 5 (Fa. Ehgartner), eventuell erweitert um eine Sammelstelle im Westen von Graz, zu ermöglichen, um ein Abheizen, bzw. „wildes Deponieren“ von Grünschnitt zu vermeiden.

GR Mag. Gerhard Spath

15.01.2009

A N T R A G

Betr.: Lückenschluss Gehsteig Sternäckerweg

Im vergangenen Sommer wurde das Trainingszentrum des SK Sturm Graz am Sternäckerweg saniert und um einen weiteren Kunstrasen - Trainingsplatz vergrößert.

Gleichzeitig wurden am Sternäckerweg im Jahr 2008 weitere ca. 50 Wohneinheiten ihren Besitzern übergeben, somit wohnen im Bereich Sternäckerweg rund 1000 Menschen. Ein öffentlicher Verkehrsanschluss existiert mit der Linie 36 in der St. Peter Hauptstraße. Um zur Bushaltestelle „Waldorfschule“ zu gelangen, benutzt die Bevölkerung den Gehweg entlang des Sternäckerweges in Richtung Osten, der allerdings nur unvollständig ausgebaut ist.

Ein Spatenstich für ein weiteres Bauprojekt am Sternäckerweg in unmittelbarer Nähe des Trainingszentrums wird noch im 1. Halbjahr 2009 erfolgen. Weitere Großgrundstücke sind bereits als Bauland gewidmet und lassen eine rege Bautätigkeit in absehbarer Zukunft in diesem Gebiet erwarten.

Anlässlich der Erweiterung des Trainingszentrums ist ein Weiterziehen des vorhandenen Gehsteiges in Richtung Westen und ein Schließen der Gehsteiglücke notwendig.

Namens der ÖVP – Gemeinderatsfraktion stelle ich den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, dass das im Motivenbericht erwähnte Gehsteigprojekt am Sternäckerweg prioritär ins Grazer Gehsteigprogramm aufgenommen und die Errichtung eines durchgehenden Gehsteigs von der St. Peter Hauptstraße bis zum Neufeldweg noch in diesem Jahr umgesetzt wird.

GEMEINSAMER ANTRAG

von ÖVP und GRÜNEN

Betr.: Petition an die Bundesregierung bezüglich des Verbots von Krachern der Klasse II, Kleinf Feuerwerk

GR. Thomas Rajakovics

15.01.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister¹

Der Silvestertag und vor allem die Silvesternacht ist für viele von uns jährlich ein Grund mit Familie und Freunden zu feiern.

Das ist eine gute Tradition und ich habe kein Problem damit, dass der tatsächliche Jahreswechsel um Mitternacht mit schön anzusehenden Feuerwerken gefeiert wird. Dieses Fest wird aber für viele, gerade für Menschen mit kleineren Kindern bzw. BesitzerInnen von Haustieren dadurch getrübt, dass etliche Mitfeiernde trotz Verbots Kracher der Klasse II (sog. Piraten, Deutsche, Schweizer..) verwenden, die ausschließlich der Lärmerzeugung dienen.

Kinder haben zum Teil große Angst vor dem Lärm und Tiere sind durch diesen oft tagelang verunsichert und scheu.

Laut Pyrotechnikgesetz ist zwar der Erwerb dieser Kracher gestattet, allerdings deren Verwendung im Ortsgebiet untersagt. Heuer gab es erstmals eine „Aktion scharf“ der Polizei in der Innenstadt bezüglich der Einhaltung dieses Gesetzes.

Als ich allerdings am 31.12. um ca. 22.00 Uhr durch die Herrengasse gegangen bin, sind mir große Gruppen vor allem junger Männer entgegengekommen, die genau diese Kracher ausgiebigst verwendet haben.

Die Polizei ist auch in einer großen Gruppe am Färberplatz gestanden, dort war es tatsächlich ruhig. Vielleicht hätte man eine günstigere Verteilung wählen sollen.

Zu dem grundsätzlich sinnlosen Lärm kommt, dass mit Zunahme des Alkoholspiegels diese Kracher in immer größerer Stückzahl zugleich gezündet werden, um sie dann wahllos in die Menschenmenge zu schleudern, was bei den Betroffenen immer wieder Verletzungen und Gehörstürze hervorruft. Auch das beliebte Anfüllen von Flaschen mit Krachern, um diese zum Zersplittern zu bringen, hat schon mehrmals, meist bei jungen Menschen, zu schweren Augenverletzungen geführt, bis hin zur Erblindung.

Sowohl Ärzte, als auch Unternehmer, die Großfeuerwerke professionell veranstalten, haben mir bestätigt, dass die Verletzungsgefahr durch diese Kracher bei unsachgemäßer Verwendung erheblich ist und sie nicht nachvollziehen können, warum man diese Kracher, ohne Lichteffekte, überhaupt verkaufen darf.

Da auch ich mich frage, wieso etwas im Handel erhältlich ist, das tatsächlich gar nicht verwendet werden dürfte und eigentlich nur ein Ärgernis darstellt, stelle ich im Namen der Fraktionen von ÖVP und Grüne folgenden

A n t r a g,

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge sich im Namen der Stadt Graz mit einer Petition an die österreichische Bundesregierung wenden und diese auffordern, das Pyrotechnikgesetz zu novellieren. Das Ziel der Novellierung soll sein, den Verkauf von Krachern (sog. Piraten, Deutsche, Schweizer...) österreichweit generell zu verbieten.

GR. Thomas Rajakovics

15.01.2009

A N T R A G

Betr.: Pflege zu Hause im Ausmaß von täglich 4 – 8 Stunden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Heute am Vormittag hat Herr Klaus Katzianka eine viel beachtete Pressekonferenz zum Thema Pflege gegeben. Das ist jener, selbst körperbehinderte Mann, der sich mit seinem Verein Europfleger durch seine sehr realistische Sicht der Dinge einen Namen gemacht hat.

Er hat dabei ein Thema aufgegriffen, das angesprochen werden muss, aber leider nur allzu gern ignoriert wird. Rund 80% der Menschen, die zu Hause Hilfe brauchen, bekommen diese ausschließlich von Angehörigen. Der Rest wird über mobile Dienste betreut.

Das heißt, es gibt zu Hause die Möglichkeiten der stundenweisen Pflege oder der 24 Stunden Betreuung. Aus seiner Erfahrung fehlt jedoch die Pflege, von 4 – 8 Stunden pro Tag, die es gerade Familien ermöglicht, sowohl berufstätig zu sein, als auch Angehörige zu Hause zu unterstützen.

Gleichzeitig hat er auf den ständig schwindenden Bereich der PflegerInnen aus Osteuropa aufmerksam gemacht, da sich die Situation erstens in den Herkunftsländern verbessert hat und diese vor allem auch zu Hause benötigt werden.

Wir werden uns also darauf einstellen müssen, dass wir Menschen bei uns von eigenen MitbürgerInnen betreuen lassen müssen.

Beim überwiegenden Teil der zu Hause zu unterstützenden Menschen geht es eher um eine ständige Anwesenheitspflicht auf Grund hohen Alters bzw. Demenz als um medizinische Unterstützung. Also es wird in der Praxis eigentlich eine Haushaltshilfe mit Grundkenntnissen benötigt.

Dazu möchte er gemeinsam mit dem AMS eine Ausbildung von ca. 28 Tagen anbieten, die ganz auf die Bedürfnisse dieser Gruppe zugeschnitten wird.

Letztlich soll das zu einer leistbaren, den notwendigen Bedürfnissen angepassten, flächendeckenden Pflege führen.

Ich stelle daher im Namen der Grazer Volkspartei folgenden

A n t r a g,

das zuständige Sozialamt zu beauftragen, den Bedarf an einer täglichen Unterstützung zu Hause im Ausmaß von 4 – 8 Stunden zu erheben und weiters die Möglichkeit prüfen, solch ausgebildete GrazerInnen in einem Pilotversuch einzusetzen.

GR. Kurt HOHENSINNER

15.01.2009

A N T R A G

Betr.: Startwohnungen für junge Menschen

Der Wohnungsmarkt ist für junge Nachfrager zu einer schwierigen Hürde bei der Realisierung von Lebensplänen geworden. Oft wird er zum wichtigen Faktor der partiellen sozialen und ökonomischen Ausgrenzung unterprivilegierter Jugendlicher und junger Erwachsener, da Wohn- und Arbeitssituation mit individueller Entfaltung und sozialer Anerkennung eng verknüpft sind.

Viele junge Menschen können sich heute die Kautions- bzw. Maklerprovision nicht leisten.

Die 10.500 Gemeinde- bzw. Übertragungswohnungen stehen jungen Menschen durch das Punktesystem (welches ohne Zweifel ein GUTES ist, aber auf Jugendliche keine Rücksicht nimmt) kaum bis gar nicht zur Verfügung.

Deshalb ist die Stadt gefordert ein neues Modell entwickeln.

Unser Vorschlag:

5% - 10 % der städtischen Gemeindewohnungen werden ausschließlich jungen Menschen bereitgestellt.

Jugendliche bis 27 Jahren können kleine Startwohnungen für die Dauer von 3 Jahren beantragen. Der Junge Mensch hat mit diesem Modell eine monatliche Belastung von maximal 300 Euro und zahlt 100 Euro auf ein „Rücklagenkonto“. Nach drei Jahren haben die Jugendlichen einen Betrag von 3.600 Euro angespart und können damit am freien Wohnungsmarkt Fuß fassen.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Das Wohnungsamt soll das im Motivenbericht beschriebene Modell von Startwohnungen für junge Menschen prüfen.

GEMEINSAMER ANTRAG

von ÖVP, KPÖ, FPÖ und BZÖ

Betr.: Partizipation eines Menschen mit einer Behinderung im Kulturbeirat

GR Mag. Mario KOWALD

15.01.2009

Graz hat sich in den vergangenen Jahren kulturell sehr gut entwickelt. Das hohe kulturelle Niveau unserer Stadt ist jung.

Im Jahr 2003 waren wir „Europäische Kulturhauptstadt“ 2003 war zugleich auch das Jahr der Menschen mit Behinderungen in der Europäischen Union.

Der Status von Menschen mit Behinderungen hat lange Zeit unter vielen Einflüssen gelitten und hat sich trotz unseres hohen Standards nur schleppend entwickelt. Wir haben in den vergangenen Jahren aufgeholt und unsere Stadt bekam auch den Beinamen „Stadt der Menschenrechte“.

Menschenrechte sind Bundessache und der Beinamen verlangt uns zu wenig ab. Wenn jeder von uns dazu beitragen würde, allen Menschen ein würdiges Dasein zu bieten, mit Würde auf unsere BürgerInnen zuzugehen und Menschen mit Behinderungen als selbstverständlichen Bestandteil unserer Gesellschaft zu betrachten, dann können wir in diesem Ansatz einen ressortübergreifenden Auftrag unserer Arbeit erkennen.

„Stadt der Menschenwürde“ wird immer ein Ziel sein, dem man sich nur nähern kann.

In Zeiten der Rezession darf nicht am falschen Platz gespart werden. Wir haben für das heurige Jahr wieder ein gutes Budget für das Kulturressort beschlossen. Wir können uns daher leisten, Menschen mit Behinderungen im Bereich Kultur zu integrieren. In der heutigen Zeit setzt sich der Terminus „Inklusion“ immer weiter durch. Menschen mit Behinderungen sollten als Selbstverständlich und nicht als Fremdkörper verstanden werden. Im Prinzip handelt es sich bei diesem Begriff um einen Anglizismus, der politische Korrektheit bewirken soll. Unser gesellschaftliches Bewusstsein entwickelt sich langsam und Menschen mit speziellen Bedürfnissen sind bei weitem noch nicht selbstverständlich und müssen noch integriert werden.

Ich möchte jetzt nicht philosophieren, sondern verständliche Ausdrucksweisen verwenden: Mein Auftrag an Sie, geschätzter Herr Dr. Riedler lautet „Brot und Spiele für alle!“

Wir müssen für Menschen mit speziellen Bedürfnissen im Bereich Kultur noch große Anstrengungen unternehmen.

Wenn wir uns Kultur leisten können, dann müssen wir Menschen mit speziellen Bedürfnissen eine bestmögliche Teilhabe garantieren.

Betr.: Gehsteig Burenstraße



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. Jänner 2009

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der westliche Teil der Burenstraße zwischen Grasbergerstraße und Johanna Kollegger Straße wird von sehr vielen BürgerInnen mit körperlichen Beeinträchtigungen (BewohnerInnen der Volkshilfe und des Seniorenzentrum Grasbergerstraße) frequentiert, da ihnen eine permanente Querung der Burenstraße auf Höhe der Grasbergerstraße auf dem Weg zur Straßenbahn Linie 7 zu anstrengend ist. Ein Gehsteig in diesem Bereich wäre für die überwiegend älteren Menschen wesentliche Erleichterung und Schutz.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den Antrag,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen prüfen, ob ein Gehweg in dem oben angeführten Bereich mittelfristig umsetzbar ist.

Betr.: Gehsteig Vinzenzgasse



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. Jänner 2009

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Seitens der Bevölkerung im nördlichen Teil der Vinzenzgasse gibt es aus Verkehrssicherheitsgründen den Wunsch nach Lückenschluss des Gehsteiges zwischen der Andreas-Hofer Straße und der Franz Pratter Straße. In diesem Bereich gibt es sehr viele Kinder, die auf den Bezirksspielplatz gehen und ungeschützt sind.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den Antrag,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, eine rasche Umsetzung des geforderten Gehsteiges zu ermöglichen.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Fischergasse

ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. Jänner 2009**

Die BewohnerInnen der Fischergasse leiden seit geraumer Zeit nicht nur unter dem starken Verkehrsaufkommen, sondern kritisieren vor allem die großen Gefahrenmomente beim Befahren bzw. Begehen dieser Straße.

Abgesehen von oftmals überhöhten Geschwindigkeiten in diesem Straßenzug tragen die vielen Zu- und Ausfahrten zu Liegenschaften zur Verschärfung und Gefahrenmaximierung bei. Zahlreiche Verkehrsunfälle und brenzlige Situationen sind ein trauriger Beweis dieser Situation.

In diesem Zusammenhang stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

das Straßenamt bzw. die Verkehrsplanung mögen geeignete Maßnahmen (z.B. bessere Bodenmarkierungen, versetzte Parkspuren) ventilieren und umsetzen, um die Verkehrssicherheit in diesem Straßenzug zu erhöhen.

Antrag

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 15.1.2009
von Gemeinderätin Mag.^a DIⁱⁿ(FH) Daniela Grabe

Betreff: Ehrungen durch die Stadt Graz – Berücksichtigung von Geschlechter-Parität und Ermöglichung von Bürgerinnenbeteiligung

Alle Jahre wieder wird rund um den Jahreswechsel über **Nominierungen verdienter Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz** nachgedacht, um sie mit Titel, Ring und öffentlicher Nennung durch die Stadt Graz zu ehren. Bürgerinnen freilich sind dabei noch immer stark unterrepräsentiert, finden sich doch unter sämtlichen Geehrten derzeit

- keine einzige Ehrenbürgerin,
- keine Ehrenring-Trägerin und
- lediglich 23 Bürgerinnen der Stadt (von insgesamt 116).

Gender Mainstreaming und Gleichstellung sind Grundsätze, zu denen sich die Stadt Graz bekanntlich verpflichtet hat und bekennt, wie auch den offiziellen Kundmachungen auf ihrer Homepage zu entnehmen ist:

„In einer Stadt leben FRAUEN und MÄNNER! Deshalb ist sich die Stadt Graz ihrer Verantwortung bei der Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen und in allen gesellschaftspolitischen Bereichen bewusst. Der geschlechtssensible Blick muss alle Bereiche der Verwaltung und sämtliche politischen Aktionsfelder erreichen, und daher wurde im Jahr 2001 mit der Implementierung von Gender Mainstreaming in der internen Struktur und in den Angeboten für Bürger und Bürgerinnen begonnen.“(Homepage: Aktuelles aus der Stadt Graz vom 13.11.2008)

Für Aktivitäten im *Verwaltungsbereich* wurde die Stadt Graz am 15.12.2008 erfreulicherweise auch mit einem Verwaltungspreis des Bundeskanzleramtes ausgezeichnet. Nun wäre es wünschenswert, den Grundsatz von Gender Mainstreaming und Geschlechterparität *auch auf andere politische Aktionsfelder* wie etwa die öffentliche Wertschätzung verdienter Bürgerinnen und Bürger, auszudehnen:

Bei den **Ehrungen**, die die Stadt Graz zu vergeben hat, (*EhrenbürgerIn, EhrenringträgerIn, BürgerIn* der Stadt Graz), ist daher eine **Geschlechter-Parität** anzustreben. Aus diesem Grunde ist, solange keine ausgewogene Verteilung erreicht ist, eine **Quote bei Neu-Ehrungen** anzuwenden und zudem zusätzlich stärkere **Nominierungstransparenz und BürgerInnenbeteiligung** anzustreben:

1. Solange innerhalb der jeweiligen von der Stadt Graz zu vergebenden Ehrenbekundungen keine Geschlechter-Parität existiert, sind **mindestens 50% der Neu-Nominierungen** für Frauen bzw. generell das unterrepräsentierte Geschlecht vorzusehen.
2. Eine **Einbindung der Bevölkerung** in das Vorschlagsverfahren für die Nennung von KandidatInnen für die drei genannten Ehren-Titel wird gewünscht und soll ermöglicht werden
 - über den jährlichen Aufruf in den Medien der Stadt Graz (BIG – BürgerInnen-Information, Homepage etc.), Vorschläge für zu ehrende Personen samt Begründung einzureichen,
 - begleitet durch andere Öffentlichkeits- Maßnahmen (Presseaussendungen etc.)

Daher stelle ich namens der Grünen – ALG den

Antrag

Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, im Sinne des Motivenberichtes aktiv zu werden und dem Gemeinderat bis zur Gemeinderatssitzung im März ein Stück zur Umsetzung der obigen Ziele zu unterbreiten.

Gemeinsamer Antrag
von Grünen, ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 15.1.2009
von Gemeinderat Stefan Schneider

Betrifft: Maßnahmen zur Erhöhung der Lebensqualität im UNI-Viertel

Nächtliches Lärmen auf der Straße, Verschmutzung der Straßen und Gehsteige, Belastung durch wartende Taxis – das alles senkt die Lebensqualität der BewohnerInnen des Univiertels in Graz. Auf der anderen Seite steht das Univiertel als ein vitales Viertel für jugendliche NachtschwärmerInnen. Der Konflikt zwischen Ruhe und Lebensqualität der BewohnerInnen und Lokalkultur für die Jugendlichen muss der Stadt Graz als besondere Herausforderung wichtig sein.

Das von den BewohnerInnen der betreffenden Straßen besonders beklagte Verhalten – eben nächtliches Lärmen und mutwillige Verschmutzungen von Gehsteigen und Hauseingängen IST BEREITS VERBOTEN, durch einschlägige Regelungen und Gesetze. Es krankt an der mangelnden Kontrolle der entsprechenden Normen und an gegenseitigem Verständnis von LokalbetreiberInnen, jugendlichen NachtschwärmerInnen und AnrainerInnen. Weitere Regelungen, wie etwa das angedachte Alkoholverbot, werden wirkungslos sein, wenn es nicht die entsprechenden Kontrollen gibt. Für diese zu sorgen müsste die erste Aufgabe der Stadt Graz sein. Weiters ist es wichtig durch geeignete Maßnahmen die aktive Mitverantwortung der LokalbetreiberInnen zu erreichen.

Leider sind wir hier zum Teil auch von den geringen Ressourcen der Polizei in Graz betroffen. Durch Koordination von Einsätzen verschiedener Ämter der Stadt Graz mit der Polizei kann durch Schwerpunktaktionen aber sicherlich ein wirksames Signal gesetzt werden.

Aufgrund der verschiedenen Interessen im Univiertel ist ein aktives und verantwortungsvolles Eingreifen der Stadt Graz unerlässlich, um die Lebensqualität der BewohnerInnen wieder herzustellen.

Im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs und von **ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ** stelle ich daher den

Antrag

Der Bürgermeister als Koordinator und die zuständigen StadträtInnen werden unverzüglich aufgefordert:

1. Mit den LokalbetreiberInnen im Univiertel in Verhandlungen zu treten und einen Verhaltenskodex auszuhandeln um die übermäßige Alkoholisierung von Gästen zu verhindern und heimkehrende ZecherInnen zu Rücksicht auf den Straßen zu ermahnen.
2. Schwerpunktmäßig koordinierte Kontrollen der zuständigen Ämter zu forcieren.
3. Eine Überprüfung der Lage der Taxistände durchzuführen, mit dem Ziel die AnrainerInnen vor dem Lärm von wartenden und abfahrenden Taxis möglichst zu schützen.
4. Über all diese Maßnahmen die Polizei zu informieren und sie einzuladen bei Schwerpunktkontrollen aktiv mitzumachen.

Über die Vorbereitung und Durchführung dieser Maßnahmen ist dem Gemeinderat in den Sitzungen im März und im Juli Bericht zu erstatten.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

15. Januar 2009

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Antrag

Betr.: Graz Waltendorf -Sorgerweg

Größte Sorgen um ihre Kinder machen sich die AnrainerInnen am Sorgerweg in Waltendorf. Obwohl dieses Straßenstück sehr unübersichtlich ist, scheint für viele Autofahrer das Tempolimit nicht zu gelten.

Fußgänger, vor allem Schulkinder, sind hier konstant gefährdet. Es braucht einen gesicherten Gehweg und scharfe Tempokontrollen, damit nicht erst etwas passieren muss, damit endlich was passiert. Darüber hinaus wäre ein Gesamtverkehrskonzept für den Bezirk Waltendorf dringend erforderlich.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, alle nötigen Schritte zu unternehmen, um die Verkehrssicherheit für FußgängerInnen am Sorgerweg im Rahmen eines zu erstellenden Verkehrskonzepts für den Bezirk Waltendorf zu erhöhen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

15. Januar 2009

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Antrag

Betr.: Direkte Buslinie KF-Uni – Neue Technik

Durch den Start des Projektes „NAWI-Graz“ entstand eine enge strategische Kooperation zwischen der Karl-Franzens-Universität und der Technischen Universität Graz, die neben Forschung auch die Lehre betrifft. Folglich besuchen die betroffenen Studierenden Lehrveranstaltungen sowohl am Campus der KF-Uni sowie in der Neuen Technik, und daher ist ein Pendeln zwischen den zwei Universitäten an einem Tag keine Seltenheit. Aufgrund des Fehlens einer Direkt-Anbindung dieser zwei Standorte mittels öffentlichen Verkehrsmitteln, wird das Pendeln für die Studierenden sehr erschwert, was vor allem auch in Anbetracht der teils sehr geringen Zeitabstände zwischen Lehrveranstaltungen auf den beiden Unis untragbar ist. Daher ist eine Installierung einer Bus-Linie nicht nur sinnvoll, sondern notwendig.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Eine GVB Bus-Linie, welche die Karl-Franzens-Universität und die Neue Technik der Technischen Universität Graz direkt verbindet, ist möglichst schnell einzurichten.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

15.01.2009

Antrag

Betrifft: Rösselmühlpark – Errichtung einer Ballspielbox

Wie in der aktuellen Informationsbroschüre der Grazer Wirtschaftsbetriebe nachzulesen ist, wurden im vergangenen Jahr drei neue öffentliche Spielplätze für unsere rund 22.000 Kinder in der Krausgasse, am Grillweg und in der Ziegelstraße geschaffen. Damit ein Spielplatz auch von denen angenommen wird, für die er geschaffen wird, bedarf es einer umfangreichen, zielorientierten Planung. So arbeiten das Jugend- und Sportamt, die Abteilung Grünraum und Gewässer, das Kinderparlament, die Wirtschaftsbetriebe und die Bevölkerung eng miteinander, um alle Bereiche von Kinder- und Jugendgerechtigkeit bis hin zu Sicherung abzudecken. Außerdem wird der Bedarf der Bevölkerung vor Ort der jeweiligen Spielplätze gecheckt und in die Planung und Gestaltung miteinbezogen – so die Infobroschüre.

Im Bereich des Rösselmühlparkes fehlt aber die Möglichkeit, ungestört Fußball spielen zu können. Deshalb gibt es den Wunsch von vielen Kindern und Jugendlichen, die in diesem Stadtteil wohnen, hier Abhilfe zu schaffen. Wegen des Mangels an geeigneten Flächen bei Wohnanlagen rund um den Griesplatz kommt es immer wieder zu Konflikten mit Erwachsenen. Bei der Suche nach einer geeigneten Fläche ist daher von Bewohnern der Vorschlag gekommen, einen Teil des Rösselmühlparks dafür zu verwenden.

Aufbauend auf die bisher vorhandene Nutzung im Park ist es unserer Vorstellung nach sinnvoll, dort eine attraktive Ballspielbox – wie ähnliche Einrichtungen in Wien - zu schaffen, um die Lust auf Bewegung und Kommunikation unter den Kindern und Jugendlichen zu fördern. Auch wären aufgrund der optimalen Lage keine Anrainerprobleme zu erwarten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob im Bereich des Rösselmühlparks eine Ballspielbox für Kinder und Jugendliche eingerichtet werden kann.

Gemeinderat **Ing. Roland Lohr**

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 15.01.2009

**Betrifft: Kombi-Jahreskarte für die Benützung von Park+Ride Anlagen UND den öffentlichen Verkehrsmitteln in der Tarifzone 101;
Antrag eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 15.01.2009**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Um die Auslastung von P+R Anlagen in Graz zu erhöhen, könnten Serviceleistungen wie kleinere Autoreparaturen oder Reifenwechsel an den Standorten angeboten werden. Schneller umzusetzen ist aber eine Verbesserung der Tarifgestaltung, weil sie alleine in Händen der Stadt Graz liegt.

Momentan kostet eine Öffi-Jahreskarte für die Tarifzone Graz 284,40 EUR. Seit der Eröffnung der P+R Anlage Murpark gibt es für diesen Platz die Möglichkeit eine Kombinationskarte zu lösen, die neben dem Parken auch die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel der Zone Graz einschließt. Der Preis einer solchen Karte liegt bei 370 EUR für ein Jahr. Das bedeutet noch immer ein Zuschlag von 86 EUR zur Öffi-Jahreskarte. Um das Parken in Park+Ride Anlagen attraktiver zu gestalten und somit mehr Autofahrer zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel in der Stadt Graz zu bewegen, sollten die Besitzer einer Jahreskarte der Tarifzone 101 gratis in allen Grazer Park+Ride Anlagen parken können. Auch für die in Zukunft entstehenden P+R-Plätze (z.B. Mariatrost-Fölling) sollte dieses Tarifmodell gelten. Der dadurch entstehende Einnahmefall für das Grazer Parkraummanagement (GPG) wäre durch den Verkauf von wesentlich mehr GVB-Jahreskarten zu kompensieren. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, könnten Vereinbarungen zwischen GPG und GVB getroffen werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag,

Der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu ersuchen, mit den Grazer Verkehrsbetrieben / Verbund Linie und der Grazer Parkraummanagement GmbH in Verhandlungen zu treten, um ein Modell einer Kombinationskarte für die Benützung aller Park+Ride Anlagen und den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Jahreskartenpreis der Tarifzone 101 auszuarbeiten und dieses nach Möglichkeit umzusetzen.